

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | Juni 2024 | Nummer 2



Lithium-Abbau in Chile

Das weisse Gold der Atacama-Wüste

Die Lithium-Reserven in der Atacama-Wüste sind ein Segen für den chilenischen Staat und gleichzeitig eine existentielle Bedrohung für die Indigene Bevölkerung, die seit Generationen in dieser Region lebt. Die lokalen Colla-Gemeinschaften wehren sich gegen die Abbaupläne. Zusammen mit Partnerorganisationen war die GfbV vor Ort zu Besuch: ein Reisebericht.

Sand, Steinwüste und staubige Hügel, soweit das Auge reicht. Vor uns erstreckt sich eine der trockensten Gegenden der Welt: die Atacama-Wüste im mittleren Norden Chiles. Von der Regionalhauptstadt Copiapó reisen wir eineinhalb Stunden ostwärts in die Paipote Schlucht. Unsere Delegation vertritt die internationale SIRGE-Koalition, deren fünf Organisationen sich für Indigene Rechte in der grü-

nen Wirtschaft einsetzen. Lesley Muñoz, Vertreterin des Steuerungskomitees der SIRGE Koalition, lädt uns ein zu einem Treffen mit ihrer Gemeinschaft, der «Comunidad Indígena Colla de Copiapó» (siehe Interview Seite 8).

Auf dem Weg in dieses abgelegene Tal wird der hier alles dominierende Bergbausektor ersichtlich: Kupfer- und Eisenschmelzanlagen am Stadtrand, kilometerweit graue Staubhügel, Abraumhalden. Es ist nicht zu übersehen, dass diese Region vom Rohstoffabbau lebt: Seit Generationen hängt der Lebensunterhalt vieler Familien davon ab. Nun erhält der Bergbau Schub wegen dem Wettlauf nach Lithium, das für die Abkehr von fossilen Brennstoffen und die Elektrifizierung der Mobilität unerlässlich ist: Der chilenische Staat verspricht sich eine neue Einnah-



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**



Dank dem Grundwasser in den Salzseen ist die Atacama-Wüste die Heimat von Indigenen Gemeinschaften.

mequelle. Aber nicht alle freuen sich über die Entdeckung der gigantischen Lithiumreserven, die in den abgelegenen Salzseen zwischen Copiapó und der argentinischen Grenze schlummern.

Bedrohte Wüstenoase

«Unsere Gemeinschaft sieht ihren traditionellen Lebensraum durch den Lithiumfund bedroht und wehrt sich gegen die Abbaupläne in den höher gelegenen Salzseen», erklärt Lesley. Sie fürchtet die Auswirkungen auf das fragile Grundwassersystem. Als wir die Hauptstrasse verlassen und für unseren Besuch im Dorf in ein Seitental abbiegen, tauchen aus der öden Landschaft unvermittelt grüne Oasen auf: Hier wird Gemüse angebaut, Bäume spenden Schatten, Esel und Ziegen grasen. Menschen leben in dieser kargen Region, und dies seit Generationen und trotz trockener Flussbette. «Das lebensspendende Wasser kommt aus Quellen in den umliegenden Hügeln und wird in Rohren auf die Äcker geleitet», erzählt uns Elena Rivera, Lesleys Mutter und die Präsidentin der Indigenen Gemeinschaft.

Wir halten vor einem runden Gemeinschaftshaus. Silvia Rivera, die «Yatiri» oder spirituelles Oberhaupt der kleinen Gemeinschaft, begrüsst und segnet jede und jeden von uns in einer andächtigen Zeremonie. Ziel des Besuchs ist ein gegenseitiger Austausch zwischen der lokalen Gemeinschaft und der SIRGE-Delegation. Die Indigenen Leader von SIRGE bekunden ihre Solidarität und bestärken die Gemeinschaft.

Danach erörtern uns die Gastgeberinnen, wie ihre Gemeinschaft zu den staatlichen Lithiumabbauplänen höher gelegenen Salar de Maricunga steht: «Wenn im Salar (deutsch: Salzsee) Wasser für den Lithiumabbau abgezweigt wird, haben wir hier kein Grundwasser mehr. Wir könnten nicht mehr hier leben, das Land

bebauen und Tiere haben», befürchtet Silvia. Ein Eingriff in das hydrologische System bedeutet eine existentielle Bedrohung für das Dorf.

Salar de Maricunga – Quelle unerforschten Lebens

Am Tag darauf führt uns Lesleys Familie zum 160 km östlich gelegenen Salar de Maricunga, wo Lithium abgebaut werden soll. Auf der vierstündigen Fahrt schlängelt sich die Strasse durch bizarre Landschaften aus Sand, Gestein und immer höheren Hügeln und Bergen. Kurz nach der Passüberquerung auf 4000 Metern über Meer zeichnet sich in der Ferne eine weisse Ebene ab. Der Maricunga-Salzsee liegt schon bald scheinbar unberührt vor uns: Die Andenkette und Vulkane spiegeln sich im blauen Wasser, umgeben von einer weissen Kruste und Gras. In diesem extrem mineralhaltigen Wasser scheint auf den ersten Blick kein Leben möglich. Doch das stimmt nicht ganz, wie uns unsere Reiseleiterin und Geologin, Maccarena Naveas, erklärt. In diesen prä-andinen Salzseen ist das mikrobische Leben einzigartig und noch weitgehend unerforscht. Gleichzeitig lagern hier die begehrten Lithiumreserven. «Eine einmalig durchgeführte Studie genügt nicht, um die längerfristige Auswirkung auf dieses fragile Ökosystem zu erkennen», beanstandet Maccarena. Ein echtes Monitoring mit regelmässigen, jährlichen Überprüfungen des Wasserstandes ist für sie zwingend, um irreversible Schäden zu vermeiden.

Exploration und Abbaupläne

Der Lithiumabbau im nördlichen Teil des Maricunga-Salzsees wurde bereits durch eine Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt. Das Lithium-Projekt wurde im Frühjahr 2024 von der australischen Lithium Power an das chilenische staatliche Unternehmen CODELCO verkauft und die Explorationen sind im Gange.

Laut Projekt wird das Lithium vorerst durch die wasserintensive Methode der Verdunstung gewonnen. Künftig sind jedoch auch neue Technologien geplant. Deren Umweltschädlichkeit wird als geringer eingeschätzt, doch sind die Auswirkungen noch weitgehend unerforscht (siehe Interview Seite 8).

Die Geologin bestätigt die Bedenken der Colla-Gemeinschaften, dass nicht nur die Ökosysteme rund um die Salzseen, sondern auch die Grundwasserreserven bei den Gemeinschaften talabwärts betroffen sein werden.

Selbstbestimmte Opposition

Angesichts dieser neuen Bedrohungslage ist die Colla-Gemeinschaft in ihrem Widerstand weitgehend auf sich alleine gestellt. SIRGE steht ihr zur Seite: Unsere Koalitionspartner unterstützen sie finanziell beim Bau eines Museums und eines Medizinkräuter-Projektes und führen eine hydrologische Studie durch, welche das Wissen der lokalen Colla über die Verbindungen des Grundwassers zu den Salzseen wissenschaftlich belegen soll. Die Chance auf eine Abkehr der staatlichen Abbaupläne scheint jedoch klein. Mittels Einsprachen versucht die Gemeinschaft, die Pläne zumindest zu verzögern. «Wenn unsere Einwände nicht aufgenommen werden, werden wir unsere Lebensform aufgeben und in die Stadt ziehen müssen», sagt Elena beim Abschied.

Text: **Silvia Schönenberger**, Programmleiterin Klimagerechtigkeit und Indigenenrechte

Titelbild: Die GfbV ist Mitglied der SIRGE-Koalition. Im Frühling reiste eine Delegation der GfbV ans internationale Treffen in Chile.

SIRGE: Für die Rechte Indigener Gemeinschaften in der Energiewende

SIRGE (Securing Indigenous Peoples' Rights in the Green Economy) wurde im August 2022 gegründet, um mit vereinten Kräften für Indigene Rechte in der Energiewende zu kämpfen. Im März 2024 traf sich die Koalition zum zweiten internationalen Treffen. Die Zusammenkunft der fünf Organisationen (First Peoples Worldwide, Cultural Survival, Batani, Earthworks und GfbV Schweiz) sowie den Indigenen Vertreter:innen des Steuerungskomitees fand in Copiapó in Chile statt. Ziel war es, Bilanz zum ersten operativen Jahr zu ziehen und die strategische Weiterentwicklung der Koalition zu planen. Der persönliche Austausch und die Vernetzung während der viertägigen Retraite war zentral, um das Vertrauen und die Zusammenarbeit noch weiter zu stärken. Das Treffen war geprägt vom Austausch zwischen Kulturen und Generationen: so fanden die inspirierenden Inputs der erfahrenen Indigenen Leader ebenso Anklang wie die Expertise der Mitarbeitenden in den operativ tätigen Teams.

Editorial



Der Schutz vor den Auswirkungen der Klimakrise ist ein Menschenrecht. Das hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem historischen Urteil zugunsten der Klimaseniorinnen bestätigt. Die Schweiz wie auch andere Staaten müssen also vorwärts machen mit der Klimapolitik.

Doch was bedeutet das für die Rechte von Indigenen Gemeinschaften? Vielerorts sind diese nicht nur von den Folgen der Klimakrise betroffen, sondern auch durch Projekte im Namen der Energiewende in ihrer Existenz bedroht. Für die GfbV ist klar: Ausbeutung und Zerstörung von Lebensgrundlagen durch Staaten und Konzerne auf Kosten der lokalen Bevölkerung sind keine Lösungen für eine lebenswerte Zukunft – auch nicht im Namen einer «grünen Wirtschaft».

Aus diesem Grund hat die GfbV das Programm «Klimagerechtigkeit» lanciert. Gemeinsam mit Partner:innen unterstützen wir als Teil der SIRGE-Koalition Indigene Gemeinschaften dabei, ihre Rechte auch in der «grünen Wirtschaft» einzufordern. Lesen Sie mehr dazu im Reisebericht aus der Atacama-Wüste (S.1) und im Interview mit Lesley Muñoz Rivera, Angehörige der Colla-Gemeinschaft in Copiapó, Chile (S.8).

Um die «grüne Wirtschaft» geht es auch auf der Fosen-Halbinsel in Norwegen, wo die GfbV den Widerstand der Saami gegen Windräder auf ihren Rentierweiden unterstützt hat. In der Infografik (S.4) erhalten Sie eine Übersicht über die Entwicklungen.

Vielleicht haben Sie es bemerkt: Dies ist mein erstes Editorial als neue Geschäftsleiterin der GfbV (mehr dazu im Interview auf S.6). Für mich ist diese Aufgabe eine Ehre und ein Privileg. Ich freue mich darauf, mich mit dem Team und den Partner:innen für Menschenrechte stark zu machen – und zwar direkt vor Ort, in der Schweizer Politik und Wirtschaft, sowie auf internationaler Ebene.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre.

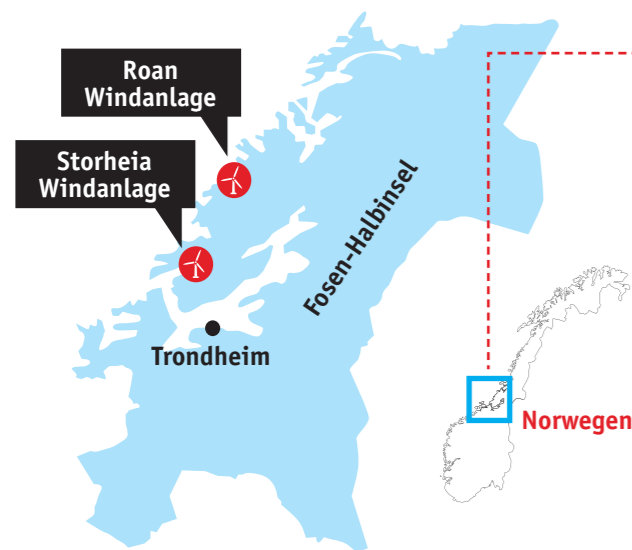
Anna Leissing, Geschäftsleiterin GfbV

IMPRESSUM

VOICE 2, Juni 2024 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch
Spendenkonto: Berner Kantonalbank (BEKB): IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1 **Redaktion:** Livia Lehmann und Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Livia Lehmann, Anna Leissing, Silvia Schönenberger, Christoph Wiedmer **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 4000 Exemplare **Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr (wird jährlich einmal von Ihrer Spende abgezogen) **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 80.–/Jahr **Titelbildfoto:** SIRGE

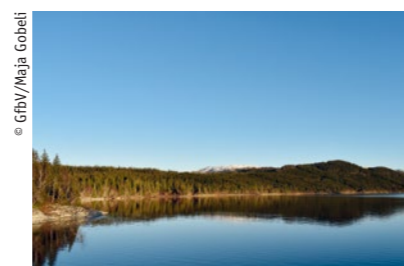
Norwegen: Einigung auf Fosen

Über 15 Jahre lang kämpften die Indigenen Saami auf der norwegischen Halbinsel Fosen gegen die Windparkanlagen in den Gebieten Roan und Storheia, die Teile ihrer Winterweiden zerstören. Die Windturbinen bedrohten die traditionelle Rentierzucht und somit das Überleben der saamischen Sprache und Kultur. Nun kam es zwischen den beiden betroffenen Gruppen, den Parkbetreibern und dem norwegischen Staat zu einer Einigung. Unsere Timeline bietet einen Überblick auf die Entwicklungen der vergangenen Jahre.



2008

Wegen der Auswirkungen auf die Rentierzucht wird Storheia bei einer Umweltverträglichkeitsstudie für den Fosen-Windpark gar nicht in Betracht bezogen. Erst später, und ohne weitere Untersuchungen, wird Storheia dem Projekt hinzugefügt, weil sich dieses sonst nicht lohne.



2013

Eine erste Klage betroffener Rentier-Hirt:innen, wonach der Windpark gegen das Recht verstösst, ihrer traditionellen Lebensweise nachzugehen, wird vom norwegischen Öl- und Energieministerium abgewiesen.



2016

Beginn der Bauarbeiten des Fosen-Windparks.



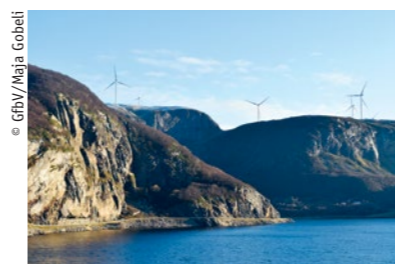
2018

Eine Saami-Delegation reist in die Schweiz und trifft Vertreter:innen der Credit Suisse und der BKW, welche beide als Investorinnen am Windpark beteiligt sind.



August 2021

Trotz ungebrochenem Widerstand der Saami und einem hängigen Gerichtsurteil wird die Anlage auf Fosen feierlich eingeweiht.



Sommer 2020

Abschluss der Bauarbeiten.

Januar 2020

Die GfbV reicht beim NKP für OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen eine Beschwerde aufgrund der Beteiligung der BKW ein.

Oktober 2021



Das Oberste Norwegische Gericht entscheidet: Teile des Windparks verstossen gegen die Rechte der Saami und stellen somit eine Menschenrechtsverletzung dar.

August 2021

Nach mehrmonatigem Mediationsverfahren mit der GfbV will die BKW künftig mehr Konzernverantwortung übernehmen und das Indigene Recht auf Freiwillige, Vorgängige und Informierte Zustimmung (FPIC) in ihre Richtlinien aufnehmen.

Februar 2023

Trotz Gerichtsurteil drehen die illegalen Windräder auf Fosen weiter. Saami-Aktivist:innen besetzen aus Protest das norwegische Ministerium für Öl und Energie und das Finanzministerium. Sie werden schliesslich mit Gewalt von der Polizei entfernt.



Dezember 2023

Die von der Storheia-Anlage betroffenen Saami erlangen eine Einigung mit Fosen Vind. Der Konzern muss der Gruppe während der Laufzeit des Parks eine jährliche Entschädigung von 600'000 Schweizer Franken zahlen und alternative Winterweiden zur Verfügung stellen. Zudem erhalten die Saami ein Vetorecht, sollte Fosen Vind nach Ablauf der Lizenz im Jahr 2045 eine Verlängerung beantragen.

März 2024

Auch die vom Windpark Roan betroffene Nordgruppe der Saami erlangt eine Einigung mit Fosen Vind. Für die Entschädigung gelten dieselben Bedingungen wie bei der Storheia-Gruppe.

April 2024

Saami-Aktivist:innen, welche 2023 die Ministerien besetzten, werden in einem vielbeachteten Urteil von einer Klage freigesprochen. Sie mussten sich vor Gericht verantworten, weil sie sich weigerten, wegen «Nicht Kooperation mit der Polizei» eine Busse zu zahlen.



Der Fall Fosen: GfbV forderte Rückbau der Anlagen

Auch wenn mit der Einigung zwischen den Saami, den Betreiberfirmen und dem norwegischen Staat nun eine Lösung gefunden zu sein scheint, hinterlässt der Ausgang des Falles einen bitteren Nachgeschmack: Die Saami der Region Roan etwa standen während der Verhandlungen unter enormen Druck. «Am Verhandlungstisch fühlten wir uns, als wäre ein Gewehr auf uns gerichtet», berichten Betroffene. Wäre es zu keiner Einigung gekommen, hätte dies wohl weitere langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren zur Folge gehabt.

Aus Sicht der GfbV wirft die Geschichte ein schlechtes Licht auf die norwegische Regierung und die Betreiberfirmen. «Nach der durch das norwegische Gericht festgestellten Menschenrechtsverletzung hätten sofortige Massnahmen zur Wiederherstellung der Rechte der Saami eingeleitet werden müssen», sagt GfbV-Programmleiterin Tabea Willi. Stattdessen folgte ein langwieriges Mediationsverfahren, dessen Ausgang nicht ergebnisoffen schien: «Es war von Anfang an klar, dass unsere Forderung, nämlich der Rückbau der Anlagen, keine Option war», sagt Sissel Holtan, Angehörige der vom Roan-Windpark betroffenen Nordgruppe.

Die GfbV forderte gemeinsam mit den betroffenen Gemeinschaften den Rückbau und die Renaturierung der Region. Der Windpark wurde auch durch die Beteiligung der beiden Schweizer Firmen BKW Energie AG und Energy Infrastructure Partners (früher Credit Suisse) ermöglicht. Die GfbV forderte von den beiden Firmen, sich als Investorinnen für die Menschenrechte einzusetzen.

«Aktuelle Rückschritte bei den Menschenrechten machen unsere Arbeit noch wichtiger»



Historischer Moment: Bei einem Festakt wurde Christoph Wiedmer verabschiedet und Anna Leissing (Mitte) als neue Geschäftsleiterin der GfbV willkommen geheissen.

Im April verabschiedeten wir Christoph Wiedmer nach 18 Jahren Geschäftsleitung in die Pension und begrüßten seine Nachfolgerin Anna Leissing. Im Gespräch mit den beiden blicken wir zurück auf Christophs bewegte Karriere im Auftrag der Menschenrechte und nach vorne auf Annas Pläne mit der GfbV – und auf die aktuellen Herausforderungen in der Menschenrechtsarbeit.

Wie seid ihr zur Menschenrechtsarbeit gekommen, gab es ein Schlüsselerlebnis?

Anna: Machtverhältnisse und Ungerechtigkeit haben mich schon in meiner Jugend interessiert. Was dann meine Menschenrechtsarbeit angestossen hat, war mein erster Aufenthalt in Guatemala. Damals haben mir Freund:innen zum zwanzigsten Geburtstag den Bericht «Nunca más» über den Bürgerkrieg in Guatemala geschenkt. Darin ging es vor allem um die Verbrechen des Militärs und die Massaker an der Indigenen Bevölkerung. Das hat mich tief bewegt. Als ich dann zurückkam, habe ich an der Universität Bern die Unigruppe von Amnesty International mitgegründet.

Christoph: Bei mir war es etwa zur gleichen Zeit vom Alter her, aber durch das Schweizer Militär. Ich bin sehr ungerne gegangen und habe mich schwer getan mit

der Entscheidung, ob ich verweigern soll oder nicht. Dienstverweigerer mussten ja damals ins Gefängnis. Ich hatte Mühe damit, dass ich zu etwas gezwungen wurde, das ich so stark ablehne. Da habe ich auch Amnesty kennengelernt, die mir bei der Verweigerung sehr geholfen haben und bin dann selber in einer Amnesty-Gruppe aktiv geworden.

Ihr seid beide schon sehr lange in der Menschenrechtsarbeit tätig. Welche Veränderungen beobachtet ihr über die letzten Jahrzehnte?

A: Da ist sicher die Erweiterung des Menschenrechtsbegriffs auf soziale, kulturelle und wirtschaftliche Rechte. Damit gab es eine Öffnung hin zu verschiedenen Themen, zu denen nun aus einer Menschenrechtsperspektive gearbeitet werden konnte. Gleichzeitig erleben wir jetzt wieder Rückschritte, etwa bei feministischen Errungenschaften oder wenn Menschenrechte im Namen der nationalen Sicherheit eingeschränkt werden. Das macht unsere Arbeit sicher nicht einfacher, aber umso wichtiger.

Ch: Ich begann Anfang der 80er Jahre bei Amnesty International mit meiner Menschenrechtsarbeit – das war noch im Kalten Krieg. Damals fehlte aufgrund der ideologi-

schen Gräben häufig das Verständnis für die internationale Menschenrechtsarbeit. Seitdem ist viel passiert, zum Beispiel, dass jetzt die EU daran ist, ein Gesetz für die Sorgfaltsprüfung durchzusetzen. Besorgniserregend sind aber die restriktivere Sicherheitspolitik und dass Länder wie Russland und China erfolgreich Demokratie und Menschenrechte demontieren und dort kaum mehr eine politische Opposition möglich ist.

Die aktuelle geopolitische Lage ist schwierig, entsprechend findet auch eine starke politische Polarisierung statt. Beeinflusst das auch die Arbeit der GfbV?

Ch: Das hat massive Auswirkungen. Bedenken wir zum Beispiel die westliche Haltung gegenüber der Volksrepublik China, wo mit Minderheiten auf brutalste Art umgegangen wird: Trotz alledem ist es für die Wirtschaft schwierig einzugestehen, dass gewisse Werte wichtiger als Handelsbeziehungen und Profit sind. Als GfbV können wir da Gegensteuer geben, indem wir die Wirtschaft, aber auch unsere Regierung und die UNO an ihre Verantwortung zur Wahrung der Menschenrechte ermahnen und Druck machen.

A: Die aktuelle Situation wirkt sich auch stark auf die Finanzflüsse aus: Nationale Budgets, die jetzt praktisch unhinterfragt in Aufrüstung und Sicherheitspolitik fließen, fehlen für die Menschenrechtsarbeit. Hinzu kommt, dass der politische und mediale Fokus in den aktuellen Kriegen und Krisen von Minderheiten wegrückt. Ich habe auch schon gehört: «Es ist Krieg in der Ukraine, Krieg in Gaza und jetzt kommt ihr mit Indigenen im Amazonas?» Ich sehe es als Aufgabe der GfbV, die öffentliche Aufmerksamkeit auch auf jene Themen zu lenken, die eher nicht in den Schlagzeilen stehen

Ch: Die Herausforderung für die GfbV ist dabei, dass wir gewisse Aktivitäten nicht publik machen dürfen. Etwa unsere Arbeit mit Indigenen Aktivist:innen in Russland, die wir zu deren Schutz geheim halten müssen. Aber wir bleiben dran, denn diese Leute brauchen erst recht unsere Unterstützung.

Christoph, gibt es etwas, worauf du besonders stolz bist aus deinen 18 GfbV-Jahren?

Ch: Prägend war der Besuch von Maria Leusa Mundurukú. Sie kam in die Schweiz, um die hiesigen Goldraffinerien auf die verheerenden Folgen der Goldwäscherei für ihre Gemeinschaft im Amazonas aufmerksam zu machen. Wie sie einfach sagte: «Jetzt trommeln wir diese Raffinerien zusammen, die sollen hören, was wirklich geschieht.» Tatsächlich sind drei CEOs und der Verbandspräsident an dieses Treffen gekommen. Sie haben Maria Leusa Mundurukú zugehört und zum Teil feuchte Augen gehabt, als sie von den Übergriffen hörten und wie das Haus von den Goldwäschern angezündet wurde. Daraufhin veröffentlichten die Raffinerien ein Statement, dass sie kein Gold mehr aus diesem Gebiet beziehen werden und dass das Bolsonaro-Regime die Rechte der Indigenen Gemeinschaften respektieren müsse. Noch zwei Jahre zuvor wollten diese Raffinerien kein politisches Statement abgeben. Dass diese Frau so eine Wirkung hatte, fand ich faszinierend.

Anna, wieso bist du zur GfbV gekommen?

A: Die Programme der GfbV sind hochaktuell. Da wäre zum Beispiel das Programm «Klimagerechtigkeit»: Wir müssen die Energiewende unbedingt schaffen, gleichzeitig darf das nicht auf Kosten von Indigenen Gemeinschaften geschehen, sonst wiederholen wir einfach alte koloniale Muster. Dieses Spannungsfeld reizt mich sehr. Die GfbV ist auch eine der wenigen Organisationen, die zu China und Russland arbeitet und vor diesen mächtigen «Playern» nicht zurückschreckt.

Hast du ein Ziel, worauf du mir der GfbV in den nächsten Jahren hinarbeiten willst?

A: Ich möchte einen Beitrag leisten, dass Menschenrechte in der Politik und Wirtschaft eine Selbstverständlichkeit werden. So ein «Systemchange» ist natürlich ein hoch gestecktes Ziel, aber dazu soll unsere Arbeit beitragen. Ich möchte, dass die GfbV eine starke, mutige Organisation ist, die einen Unterschied macht. Zudem ist es mir wichtig, dass wir bei der GfbV zueinander schauen, dass wir uns zusammen weiterentwickeln und wir unsere Ziele gemeinsam mit Freude und Kreativität erreichen.

Interview: **Livia Lehmann** und **Dominique Schärer**, Kommunikation

Fotos: **Franziska Scheidegger**



**Christoph Wiedmer:
18 Jahre an der Spitze
der GfbV**

«Ich würde mir wünschen, dass Indigene Gemeinschaften, die mit der GfbV zusammenarbeiten, bereits nach wenigen Jahren eine deutliche Verbesserung ihrer Situation spüren. Und dass wir auch grosse und mächtige Industriekonzerne dazu bringen, kleine Indigene Gemeinschaften ernst zu nehmen.»

Zur Erfüllung dieses Wunsches hat Christoph Wiedmer in seinen 18 Jahren bei der GfbV selbst viel beigetragen. So engagierte sich die GfbV unter seiner Leitung unter anderem für die Rechte der Jenischen, Roma und Sinti in der Schweiz, unterstützte aktiv die Konzernverantwortungsinitiative und kämpfte für Transparenz im Schweizer Goldhandel und die Rechte Indigener Gemeinschaften in der Tropenbewirtschaftung. Mit Blick auf seinen Ruhestand freut er sich am meisten darauf, mehr Zeit in seiner zweiten Heimat Portugal verbringen zu können und dass er sein Engagement für Menschenrechte nun mit mehr Freiheiten einbringen kann.



**Anna Leissing:
Neue GfbV-
Geschäftsleiterin**

«Hart in der Sache und weich zu den Menschen. Das wünsche ich mir als Grundhaltung für die GfbV: dass wir den Mut haben, für unsere Werte und Ziele einzustehen und dabei menschlich, konstruktiv und grosszügig bleiben – mit uns selbst, aber auch damit, wie es läuft auf dieser Welt. Dass wir nicht hart und verbittert werden, sondern uns die Freude an unserer Arbeit und den Glauben an eine bessere Zukunft bewahren.»

Anna Leissing ist seit April die neue Geschäftsleiterin der GfbV Schweiz. Zuvor war die Sozialanthropologin unter anderem zehn Jahre bei swisspeace tätig und leitete die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF. Sie freut sich darauf, in die Themen der GfbV einzutauchen und gemeinsam mit dem Team, dem Vorstand und den Partnerorganisationen etwas bewegen zu können.



«Wir wollen hier eine Zukunft für unsere Gemeinschaft und unser Land haben.»

Lesley Muñoz Rivera ist Angehörige der Colla-Gemeinschaft in Chile und Mitglied des Indigenen Steuerungsausschusses der SIRGE-Koalition, die sich für Indigene Rechte in der Energiewende einsetzt. Im Interview erklärt sie, warum der geplante Lithiumabbau am Maricunga-Salzsee das Überleben ihrer Gemeinschaft in der Atacama-Wüste bedroht.

Interview: **Livia Lehmann**, Praktikantin Kommunikation / Foto: **SIRGE Coalition**

Was sind die Gefahren, die durch die Lithiumgewinnung aus dem Maricunga-Salzsee für deine Gemeinschaft entstehen?

Einerseits soll das Lithium aus dem Salar de Maricunga durch Wasserverdampfung gewonnen werden. Dabei wird das Wasser aus dem See in flache Pools geleitet und dort durch Sonneneinstrahlung verdunstet, wodurch das Lithium freigesetzt wird. Diese Art der Gewinnung zeichnet sich durch einen extrem hohen Wasserverbrauch aus. Andererseits soll auch eine neue Methode zum Einsatz kommen, eine «direkte Extraktion» des Lithiums. Dabei wird dem Wasser ein Lösungsmittel beigemengt, welche die Lithiumpartikel direkt aus dem Wasser herausschleust. Danach würde das Wasser zurück ins Ökosystem geleitet werden. Darum wird diese Abbaumethode als besonders umweltfreundlich gepriesen. Da es sich aber um eine neue Technologie handelt, gibt es kaum wissenschaftliche Studien dazu, welche Schäden dabei für Mensch und Umwelt entstehen können. Das Wasser besitzt nach der Behandlung nicht mehr die gleichen Eigenschaften und einige Wissenschaftler sprechen sogar von «tote Wasser», welches ins Ökosystem zurückgeleitet würde.

Wie steht deine Gemeinschaft zu diesen Plänen?

Der Salar de Maricunga ist ein wichtiger Teil unserer Grundwasserversorgung. Wasser ist ein rares Gut in der Wüste und durch die Lithiummine würde die Situation noch prekärer. Zudem wissen wir nicht, wie sich das «tote Wasser» auf unsere Gesundheit und die Umwelt auswirken wird. Wir sind gegen den Lithiumabbau am Salar de Maricunga. Wir wollen weiterhin hier leben können und eine Zukunft für unsere Gemeinschaft und unser Land haben.

Wurde deine Gemeinschaft vor der Entscheidung zur Umsetzung des Projektes konsultiert?

Bei der Planung des Lithiumprojektes wurde ein Einzugsgebiet um den Salzsee festgelegt, unsere Dörfer liegen jedoch außerhalb dieses Bereichs. Daher wurde entschieden, dass wir nicht direkt von dem Projekt betroffen sind, obwohl der See uns mit Wasser versorgt und wir dadurch mit ihm verbunden sind. Die Konsultationen haben mit anderen Gemeinschaften stattgefunden.

Wie seid ihr dagegen vorgegangen?

Wir haben beim Gericht Rekurs eingereicht, um unser Mitspracherecht einzufordern, das Urteil ist jedoch noch hängig. Ebenfalls haben wir bei der zuständigen Behörde für Umweltverträglichkeitsprüfung, welche Projekte zum Rohstoffabbau erst absegnen muss, Beschwerde eingereicht. Seither gab es einige Treffen zwischen uns, dem Konzern und den Behörden, leider kam es dabei aber noch zu keinen nennenswerten Fortschritten für unsere Situation.

Wie unterstützt SIRGE deine Gemeinschaft?

Wir arbeiten eng mit den Partnerorganisationen zusammen. Cultural Survival unterstützt uns beispielsweise dabei, ein Dorfmuseum zu bauen. Damit wollen wir einen Raum schaffen, der unsere Geschichte erzählt und unser Wissen und unsere Traditionen bewahrt. Earthworks hilft uns bei wissenschaftlichen Recherchen über die Auswirkungen, die der Lithiumabbau am Salzsee auf die Grundwasserversorgung unserer Gemeinschaft hat. Ich denke, SIRGE hat das Potential, viele andere Indigene Gemeinschaften auf diese Weise zu unterstützen, damit wir den Bedrohungen des Rohstoffabbaus gemeinsam entgegentreten und sie bekämpfen können.

Lesley Muñoz Rivera ist Angehörige der Colla-Gemeinschaft in Copiapó, Chile und studierte Recht an der Universität Atacama. Seit ist 2020 sie Mitglied im Führungsrat ihrer Gemeinschaft und ist Teil des Indigenen Steuerungskomitees der SIRGE-Koalition. Als Indigene Aktivistin kämpft sie gegen die Gefahren des Abbaus von Rohstoffen wie Gold, Kupfer und Lithium für die Indigenen Gemeinschaften der Atacama-Wüste.